





Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bettina Hagedorn, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Paul-Löbe Haus
Raum 5.640

 (030) 227 – 73 832

 (030) 227 – 76 920

 bettina.hagedorn@bundestag.de

Berlin, 26.11.2012
TV

Sehr geehrter Herr,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 14. November 2012. Ich vermute, dass Sie durch die Art und Weise, wie die Lübecker Nachrichten meine Pressemitteilung inhaltlich verkürzt und mit der irreführenden Überschrift „Hagedorn für 2+1-Trasse“ veröffentlicht haben, zu völlig falschen Schlussfolgerungen im Hinblick auf meine Positionen zum drohenden Bau der Hinterlandanbindung gekommen sind. Ich bin dankbar dafür, dass mir Ihre Mail jetzt Gelegenheit gibt, dieses richtig zu stellen – und ich werde diese Klarstellung darum auch an andere engagierte Beltquerungsgegner weiterleiten, die diese LN-Presseveröffentlichung möglicherweise leider ebenso missverstanden haben. Ich lege Ihnen deshalb meine Pressemitteilung vom 13. November 2012 im Original (Anlage 1) bei und ebenso die Pressemitteilung von Ingo Gädechens (Anlage 2), auf die ich mich darin bezogen habe. Ich hoffe, dass ich die Missverständnisse damit ausräumen und Ihre Fragen jetzt zufriedenstellend beantworten kann.

Vorweg möchte ich klarstellen: Ich bin und bleibe – ebenso wie Sie – Beltquerungsgegnerin. Ich bin mir in meiner Positionierung seit vielen Jahren treu geblieben und kann auch heute noch – nach 3 ½ Jahren – meine Stellungnahme im Deutschen Bundestag, mit der ich mein „Nein“ zum Staatsvertrag im Juni 2009 begründet und zu Protokoll (Anlage 3) gegeben habe, 1:1 unterschreiben. An meiner gradlinigen Haltung wird sich auch künftig nichts ändern. Denn Fakt ist: Bis das dänische Folketing über das Baugesetz zur Beltquerung entscheidet – voraussichtlich 2014/2015 – gibt es die Chance, dass die deutsche und dänische Regierung sich auf Grundlage von Art. 22 des Staatsvertrags an einen Tisch setzen und neu über die Sinnhaftigkeit des Baus der Beltquerung verhandeln. Wer den Staatsvertrag ernst nimmt und „vertragstreu“ handelt, der MUSS das tun, weil die im Staatsvertrag beschriebenen Voraussetzungen für den Art. 22 längst gegeben sind. Bis dahin werde ich weiter gegen dieses ökonomisch

unsinnige, ökologisch belastende und – angesichts des unausweichlichen Verkehrslärms – für die Menschen und den Tourismus in Ostholstein schädliche Bauprojekt kämpfen. Klar ist aber auch: WENN die Beltquerung kommt, werde ich mich in Berlin mit allem Nachdruck für die Trassenführung einsetzen, auf die sich die Mehrheit der betroffenen Kommunen und der Kreistag unter Berücksichtigung der betroffenen Verbände (Landwirtschaft, Umwelt, Tourismus) als mehrheitlich vorteilhafteste Lösung für die Bürgerinnen und Bürger in Ostholstein demokratisch verständigen. Als Abgeordnete für meinen Wahlkreis kann es aus meiner Sicht gar keine andere Lösung geben als die, das demokratisch IN Ostholstein MIT den Betroffenen gefundene Ergebnis zu akzeptieren – und auf keinen Fall eine pragmatische „Billigvariante“, die bis heute vom Bundesverkehrsministerium favorisiert wird. Als Mitglied im Berliner Haushaltsausschuss sitze ich dafür an entscheidender Stelle und werde meine Erfahrung dort auch im Sinne meines Wahlkreises nutzen.

Nur: Es wäre aus meiner Sicht eben naiv zu glauben, dass es überhaupt irgendeine Trassenvariante gibt, mit der am Ende ALLE Betroffenen leben können – dafür sind die Interessen schlicht zu unterschiedlich! Das berechtigte (!) Interesse der Landwirte, an der Bestandstrasse festzuhalten, haben Sie in Ihrem Brief bereits angesprochen; auch die Umweltverbände könnten mit dieser Lösung wohl gut leben. Demgegenüber setzen sich die Vertreter der Tourismuswirtschaft für das genaue Gegenteil ein: eine weitestgehende Verlegung der Trasse aus den Bädergemeinden an der Ostsee heraus – den Ortsteilen im Landesinneren direkt „vor die Nase“. Ich teile Ihre Ansicht, dass eine solche Haltung nach dem St.-Florians-Prinzip zwar nachvollziehbar, aber unsolidarisch ist. Bei den Kommunalparlamenten setzt sich diese Uneinheitlichkeit der Sichtweisen fort, da jede Kommune vorrangig die eigene Betroffenheit im Blick hat – was die Bürgerinnen und Bürger ja auch zu Recht von ihren gewählten Kommunalpolitikern und Bürgermeistern erwarten. Und so favorisieren viele Bädergemeinden an der Küste eben die Verlegung, damit der Güterverkehr nicht durch ihre Orte führt und den Urlaubern und der Tourismuswirtschaft die zusätzliche Lärmbelastung erspart bleibt – während Kommunen wie Ratekau und Bad Schwartau bei nahezu jeder Variante vor immensen Problemen stehen. Auch im Norden Ostholsteins sind viele kommunale Interessen – wie die von Großenbrode und Lensahn – bislang völlig unberücksichtigt. Die bittere Wahrheit ist also: Egal, um welche Trassenführung es geht – viele Bürgerinnen und Bürger und Verbände werden mit den Betroffenen am Ende auf der Verliererseite stehen.

Ich bin schon oft von Journalisten gefragt worden, welche Trassenvariante ich denn bevorzugen würde. Meine Antwort darauf war immer und wird auch künftig sein: Ich setze mich nicht für oder gegen irgendeine Trassenvariante ein, sondern ich lehne die Fehmarnbeltquerung insgesamt ab! Diese Position habe ich übrigens erst am 7. November 2012 in einer Presseerklärung zur Sicherheit des Schiffsverkehrs beim Bau der Fehmarnbeltquerung erneut bekräftigt.

tigt - ich füge Sie Ihnen als Anlage 4 bei. Und wenn Sie nun meine umstrittene Pressemitteilung vom 13.11.2012 genau nachlesen, dann werden Sie feststellen, dass ich mich dort keinesfalls für die „2+1-Trasse“ ausgesprochen habe, sondern lediglich dafür, dass diese Trassenvariante entweder jetzt im laufenden Raumordnungsverfahren mit eingebracht wird – oder eben GAR NICHT. Ich habe mich darüber geärgert, dass laut Pressemitteilung des CDU-Abgeordneten Gädechens dieser den Bürgern in Ostholstein allen Ernstes empfiehlt, diese Trassenvariante „erst in einem zweiten Schritt berücksichtigen zu wollen“, was natürlich eine glatte Irreführung der Betroffenen ist. Denn nach Abschluss des Raumordnungsverfahrens wird es so einen „zweiten Schritt“ zur Einbringung neuer Varianten überhaupt nicht geben. Es empört mich, dass ein Abgeordneter – wider besseren Wissens – den Menschen einen solchen Unfug erzählt. Natürlich kann man – wie Sie - die 2+1-Variante kritisch beurteilen. Aber man sollte als Abgeordneter die 2+1-Variante nicht einfach als „immer neue Ideen und Forderungen“ abkanzeln und dann eine Empfehlung an Betroffene öffentlich aussprechen, die schlicht dazu führt, dass diese Variante dann im Planungsprozess keine Berücksichtigung mehr finden kann. Deshalb bin ich der Meinung, dass die 2+1-Trasse - genau wie alle anderen Varianten auch - im Raumordnungsverfahren „auf den Tisch“ gehört. Dass Ingo Gädechens im Versuch, die „Wutrede“ des CSU-Verkehrsministers Ramsauer zu rechtfertigen, hier das genaue Gegenteil empfiehlt, halte ich für irreführend und damit unverantwortlich – und nur das wollte ich mit meiner Pressemitteilung zum Ausdruck bringen.

Selbstverständlich müssen sämtliche Varianten im laufenden Raumordnungsverfahren Berücksichtigung finden – keine darf ungeprüft „unter den Tisch fallen“. Ich bin froh, dass in allen Gemeinden so viele Menschen Interesse an den Veranstaltungen der Bürgermeister zeigen und sich offensichtlich aktiv in diesem Raumordnungsverfahren mit schriftlichen Stellungnahmen einbringen werden. Mir ist wichtig, dass bei der Entscheidung für eine Trassenvariante allein die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen - weder eine „Billigvariante“ auf dem Rücken der Anwohner noch der vorzeitige Ausschluss einzelner Lösungen ist akzeptabel. Wenn der Bau der Fehmarnbeltquerung nicht verhindert werden kann, ist es Aufgabe von Kreis und Kommunen in Ostholstein, einen Kompromiss zwischen den vielen unterschiedlichen Interessen aller Beteiligten zu finden – eine Herkulesaufgabe, die quasi der Quadratur des Kreises entspricht. Diese Entscheidung MUSS vor Ort in Ostholstein getroffen werden, und dieser Diskussion werde ich nicht mit einer Stellungnahme für die eine oder andere Trassenvariante vorgreifen. Ich werde dann in Kiel und Berlin, bei der Bahn und im Verkehrsministerium – vor allem aber im Haushaltsausschuss – dafür kämpfen, dass die Interessen der Menschen in Ostholstein gut vertreten werden.

Mit freundlichen Grüßen